

Heinz Pingel auf dem 1. Landesparteitag am 14. und 15. Juli 2007 in Chemnitz

Liebe Delegierte,

seit einigen Wochen, genauer seit zwei Jahren liegen Entwürfe einer Finanzordnung und eines Finanzkonzepts zur Diskussion vor. Der Kreis der Diskutanten war, was die Satzung angeht recht klein. Das verwundert nicht, haben wir uns doch auf Bewährtes gestützt und Änderungen ergaben sich meist logisch aus Änderungen der Satzung. Und auch die gestern verabschiedeten Änderungen zu den Terminen stellen keine neuen Grundsätze dar.

Etwas anders sieht es mit dem Finanzkonzept aus.

Das bis heute gültige Konzept wurde vor fast 10 Jahren im November 1997 in Chemnitz beschlossen. Vergleichbare Dokumente wurden in anderen Landesverbänden übrigens nicht beschlossen.

Doch die Zusammenstellung von Zielen der Finanzpolitik, der Regelung zur Aufteilung der Einnahmen und der Zuordnung der zu finanzierenden Aufgaben hat sich für uns als hilfreiche Orientierung erwiesen.

Was hat sich verändert?

In den 4 Jahren nach dem Beschluss dieses Konzepts von 1998 bis 2001 erzielten wir relativ konstant Beitragseinnahmen von fast 2 Mill. €.

Mit der Euro - Einführung erhielten wir 2002 viele neue Einzugsermächtigungen und deutlich höhere Beitragseinnahmen. Seit dem Jahr 2003 sinken die Betragseinnahmen pro Jahr um 5 – 7%. Das kam nicht unerwartet wegen des Mitgliederrückgangs und der Stagnation der Einkommen.

Wir werden folglich den wachsenden Erwartungen an die Partei mit weniger Ausgaben gerecht werden müssen. Darum hat der Finanzbeirat Analysen erarbeitet und versucht, mit neuen Orientierungen im Finanzkonzept Anregungen für die Neubestimmung von Schwerpunkten der Finanzpolitik vorzuschlagen.

Im vorliegenden Entwurf sind deshalb zu den Einnahmearten ausführlicher als im gültigen Konzept Hinweise zur zielgerichteten Erhöhung aufgeführt. Mandatsträgerbeiträge erscheinen neu, weil es sie früher als spezielle Art regelmäßiger Zuwendungen im Parteiengesetz nicht gab.

Auch bei den Ausgaben haben wir versucht differenzierter die zu finanzierenden Aufgaben zu benennen. Die ursprüngliche Absicht eine gewisse Rangordnung vorzuschlagen haben wir nicht umgesetzt.

1.wäre das eine grundlegende politische Entscheidung, für die anderen als dem Finanzbeirat ein Vorschlagsrecht zusteht, und

2.gibt unsere Satzung den Kreis- und Stadtverbänden eine hohe Eigenverantwortung, der Einheitskriterien schlecht entsprechen können.

Doch ich will zu den mit dem Finanzkonzept anstehenden Entscheidungen kommen. Deshalb noch mal zum Sinn des FK:

es dient nicht der Verfahrensregelung - das steht in der Finanzordnung.

Das Finanzkonzept ist kein Ersatz für mittelfristige Finanzplanung. Die ist übrigens schwieriger als gedacht (2002 BuT-Wahl und deren Folge: u.a. 150.000 € Länderfinanzausgleich, 2005 vorgezogene BuTa-Wahlen, Parteibildungsprozess mit zusätzlichen Gremien und Konferenzen...)

Das Finanzkonzept soll unsere Ziele und Absichten mit den absehbaren finanziellen Möglichkeiten verbinden.

Und da wird von uns ein größerer Kuchen erwartet mit Zutaten für weniger Geld. Da kann man trotzdem auf Rosinen bestehen trotz gestiegener Preise, muss dann aber überlegen, ob es mit Kartoffeln statt Mehl nicht auch ein interessantes Gebäck wird.

Unser Landesverband steht insgesamt gut da, nur ist inzwischen eine eigenartige Auslegung unseres gültigen Konzepts zum Problem geworden. Die Beitragseinnahmen 50 zu 50 dem Landesvorstand und den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen, wird zugestimmt oder - siehe vorliegende Anträge - als alternativlos dargestellt.

Personalkosten hat der Landesvorstand zu tragen, weil er den Tarifvereinbarungen verpflichtet ist. Das ging viele Jahre gut, nur ist hier bei der ja gewollten Bindung an Tarife nicht leicht einzusparen im Gegenteil.

Eine Tendenz der Verlagerung von Aktivitäten hin zu LandesAG/IG ist von einer entsprechenden Erhöhung finanzieller Aufwendungen im Landeshaushalt verbunden.

Auch eine stark gewachsene Aktivität unserer landesweiten Jugendstruktur ist gewünscht, aber nicht zum Nulltarif zu haben.

Ich will mich hier nicht in Einzelheiten verlieren, sondern auf die Kernfragen eingehen:

1. Die mit dem Plan 2007 vom LV und LR beschlossene Umverteilung von 5% der Beitragseinnahmen zugunsten des LV. (85.000 €) und die Festlegung dieses Verhältnisses bis zu einem neuen Parteitagebeschluss.
2. Die Anregung einer nachhaltigen Entscheidung zur Sicherung der Finanzierung hauptamtlicher Mitarbeiter
3. Die Bestimmung einer Richtung der Entwicklung der Mieten und Betriebskosten.

Im Kern bieten wir mit dem vorgelegten Konzept folgendes:

1. Angesichts des bei der Jahresplanung 2007 angenommenen Defizits beim Landesvorstand von ca. 100.000 € und einem Überschuss von 140.000 € bei den Kreisverbänden ist es möglich und angesichts des gewachsenen Anteils von Ausgaben für die Gesamtpartei (Anlage zum Bericht des FBR) dauerhaft begründet, das Verhältnis der Verteilung der Beitragseinnahmen neu zu bestimmen.
2. Wir haben verglichen mit anderen Landesverbänden wenig Personal, und wenn wir mit dem Finanzkonzept auf eine Kostendeckung durch die Kreisverbände orientieren, meint das mehr als eine stetig wachsende Beteiligung der Stadtverbände, auch die Verteilung der Orte der Entstehung der Kosten ist nicht unumstößlich.
3. Geschäftsstellen und Begegnungsorte gehören zu den großen Ausgabeposten, allein darum muss ein Finanzkonzept eine Orientierung für deren Entwicklung bestimmen. Das Konzept soll die Anregung für eine breite Diskussion für Entscheidungen auf Landes- und Kreisebene sein.